

Die Volksernährung im Hauptauschuß.

Berlin, 13. Dez. (Telegr.) Der Haushaltsauschuß des Reichstages fuhr in der Beratung der Volksernährungsfragen fort. Ein bayrischer Zentrumsabgeordneter empfahl die Einführung von auf Namen lautenden Schlüsselscheinen durch die Reichsgesamtheit als Mittel der Kontrolle. Ein Nationalliberaler erklärte die nicht gleichmäßige Verteilung der Futtermittel. Ein Regierungsvertreter bemerkte zu den Anträgen auf Rationierung von Fleisch und Fett, daß man nur dann rationieren könne, wenn man wisse, was vorhanden sei.

Über Fleischkarten schweben Erwägungen.

Nicht ganz so groß seien die Schwierigkeiten bei Butterkarten, dagegen viel größer bei Fettkarten. Diese Fragen könnten nur von den Gemeinden gelöst werden. Für ausländisches Fleisch ließen sich Höchstpreise nicht einführen. Höchstpreise für Rindvieh müßten das letzte Mittel bleiben. Der gesamte Handel müßte an der gedehnten Lösung all dieser Fragen interessiert werden. Ein fortschrittlicher Abgeordneter besprach die Beschwerden über die Höchstpreise für Stroh wegen ihrer wechselnden Höhe. Der vermehrte Auftrieb auf dem Rindermarkt sei zurückzuführen auf den Schluß der Weidzeit. Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß schon im Frühjahr 1915 80 000 Stück Vieh nach Belgien auf die Weide gebracht wurden. Im kommenden Frühjahr werde Ähnliches geschehen. Der Redner gab dann Auskunft über die Beschaffung von Futtermitteln aus Skandinavien. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter flagte über Preistreiber bei Rindfleisch, es müßten Höchstpreise eingeführt werden, schon um die Milchversorgung zu sichern. Abschachtung von Milchvieh sei zu verhindern.

Abstimmung.

Auf konservativen Antrag wurde beschlossen, den Bundesrat um folgenden Zusatz zur Ersteverordnung zu ersuchen: „Im Falle einer nachgewiesenen Miskerte hat der Bezirker unter Anrechnung auf die Lieferungsfrist zu erfolgen.“

Der sozialdemokratische Vorschlag, daß für Fabrikkartoffeln der Höchstpreis für Speisefabrikkartoffeln mit einem dem geringeren Stärkegehalt entsprechenden Abzug gelte, wurde angenommen.

Das sozialdemokratische Ersuchen, die Höchstpreise für Speisefabrikkartoffeln, die nicht bis zum 1. Dezember 1915 angemeldet sind, um 25 Prozent herabzusetzen und endlich eine Frist zu bestimmen, bis zu der die Gemeinden die Höchstpreise für den Kleinhandel einführen müssen, wurde angenommen.

Eine Resolution des Zentrums über Beurlaubung von für die Volksernährung notwendigen Arbeitskräften, Förderung der Einfuhr ausländischer Futtermittel unter Vereinfachung des Einfuhrverfahrens, Erschließung und Verwendung neuer Futtermittelstoffe und gerechte Verteilung aller vorhandenen Futtermittel wurde angenommen.

Die fortschrittliche Resolution über Verteilung der Futtermittel nach Maßgabe des Viehbestandes, Futtermittelverteilung an Geflügelzuchtanstalten, Besetzung unentbehrlicher Futtervorräte bei den Landwirten, Berücksichtigung der keine Gerste bauenden Betriebe, angemessene Beteiligung des Großhandels, Stärkern Anbau von Zuckerrüben, Nichterhöhung der Zuckerrübenpreise, Herstellung stickstoffhaltigen Kunstdüngers, Festsetzung einheitlicher Mehl-, Brot- und Butterhöchstpreise für größere Bezirke, Einführung von Fettkarten, Erlass der vollen Selbstkosten bei Beschaffung eingeführter Waren, Vermeidung jeder nicht unbedingt erforderlichen Verteuerung durch die Zentraleinkaufsgesellschaft und endlich Freigabe des für den Heeresbedarf nicht notwendigen Leders unter Herabsetzung der Höchstpreise für Sohlen- und Oberleder wurde angenommen.

Die konservative Resolution auf Änderung der Kartoffelverordnung dahin, daß auf die sicherzustellenden Mengen alle Kartoffeln anzurechnen seien, die der Erzeuger nachweislich als Speisefabrikkartoffeln verkauft habe, wurde angenommen.

Die sozialdemokratische Resolution auf Ermäßigung der Lederpreise wurde angenommen, desgleichen die Resolution der Sozialdemokraten auf Verleihung eines Einfuhrmonopols für Lebensmittel an die Zentraleinkaufsgesellschaft und Festsetzung von Verkaufspreisen für die dringend notwendigen Nahrungsmittel unter Entschädigung der J. E. B. durch das Reich für etwaige Verluste.

Eine konservative Resolution, daß beim Ausdruck abfallende Unkrautarten, Schmutz usw. nicht dem Hintertorn zugerechnet, und daß das aus dem Brotgetreide anfallende Hintertorn dem Erzeuger belassen werde, wurde abgelehnt. Eine konservative Resolution über Ausgleich der Beschäftigung aller Mühlen Deutschlands wurde abgelehnt, ebenso eine reichsparteiliche Resolution ähnlichen Inhalts. Eine nationalliberale Resolution auf möglichst gleichmäßige Beschäftigung der Mühlenbetriebe nach ihrer Leistungsfähigkeit wurde angenommen. Der Antrag der Konservativen auf Regelung der Verwendung der unentbehrlichen Lebensmittel dahin, daß für die minderbemittelten Volksteile

eine bestimmte Menge unter Einschränkung des Verbrauches der Wohlhabenden sichergestellt wird, in Verbindung mit dem Zentrumsantrag auf Ausgabe von Bezugskarten für alle Haushaltungen mit einem Jahreseinkommen unter 2000 M für Fleisch, Fett oder Gemüse bei den Gemeindeverwaltungen usw. zur Ermäßigung der Preise, wurde angenommen. Die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung, bei der Verteilung der Beschäftigung der Mühlen auch das von Privatmühlen für die Heeresverwaltung verarbeitete Getreide anzurechnen und eine sozialdemokratische Resolution betreffend Verbot

der Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit in den Getreidemühlen wurden angenommen. Auch der sozialdemokratische Antrag auf Rationierung von Kartoffeln, Fleisch und Fetten und Festsetzung von Beschlagnahmen wurde angenommen.

Der Ausschuß setzte nach diesen Abstimmungen die Beratung fort. Ein Fortschrittler glaubt, daß Höchstpreise für Rindvieh nur verteuern würden, weil die Qualitäten zu verschieden seien. Einschränkung des Fleischgenusses in allen Ständen wäre erwünscht, auch bei denjenigen Arbeitern, die jetzt besonders viel verdienen. Die Einführung der Fleischkarte sei besonders für Rindfleisch praktisch unmöglich. Die Verteilung der Futtermittel auch durch die Gemeinden schließe Ungleichheiten nicht aus. Ein Reichsparteiler führte den verminderten Auftrieb von Schweinen auf den Berliner Markt zurück auf die direkte Versorgung der Großschlächter und Konservenfabriken durch die Händler auf dem Lande. Ein Zentrumsabgeordneter hält die Fleischkarte als radikale Verbrauchsregelung für nötig. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß wir in kurzer Zeit über erhebliche Mengen von Milchfutter, das heißt Strohmehl mit Hefe usw., verfügen werden. Ein Regierungsvertreter führte aus, die

Verteilung der Futtermittel

durch die Gemeindeverbände sei zweckentsprechend. Sie müßten einen gewissen Spielraum haben. Nicht zweckmäßig erscheine es, von Reichswegen den Viehstand als Grundlage der Verteilung zu bestimmen. Sollten Einzelfälle zu Klagen Anlaß geben, so sei Beschwerde bei der vorgesetzten Behörde zu erheben. Erhaltung der Geflügelbestände sei erwünscht. Die Reichsbehörden hätten bei den Einzelstaaten auf Verminderung des Viehstandes hingewirkt. Berechtigter sei das Verlangen nach Kontrolle der Herstellung und des Betriebes von Fleischkonserven. Ein sozialdemokratischer Redner wies darauf hin, daß die Schweinmäster deshalb zurückhielten, weil die Deutsche Tageszeitung eine Erhöhung der Schweinefleischpreise angekündigt habe. Nicht durch fleischlose Tage, sondern nur durch die Fleischkarte könnte Besserung geschafft werden. Auch die Wurstpreise seien zu hoch. Da die einzelne Gemeinde machtlos sei, müßten die Preise nach Gegenden geregelt werden. Die Kontrolle der Herstellung von Fleischkonserven sei dringend nötig. Ein Nationalliberaler verlangte, daß Waldstreu, Eichen usw. auch der Privatwaldungen, der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Ein fortschrittlicher Abgeordneter meinte, daß gerechte Verteilung der Futtermittel nur auf Grund des Viehstandes möglich sei. Dann würden auch die Mittel- und Kleinbetriebe, und die städtischen Milchwirtschaften zu ihrem Rechte kommen. Der Zuckerrübenbau müsse auch vom Standpunkt der Futtermittelversorgung gefördert werden. Ein agrarischer Redner bemerkt, allgemeine Nutzung der Privatwaldungen dürfe nicht zur Schädigung der Wälder führen. Die Furcht vor Höchstpreisen für Rindvieh treibe zum verstärkten Abstoß von Vieh. Ein fortschrittlicher Abgeordneter verlangt Auskunft über die Gründe, warum die Preise für Stroh so festgesetzt wurden, wie geschehen. Der Unterstaatssekretär führte aus, daß die notwendige

Zentralisation des Auslandbutterhandels

eine Beschränkung der Zahl der Butterhändler bedinge. Diese Organisation werde für Berlin manchen Mißstand beseitigen. Im Butterverbrauch werde sich ein jeder etwas einschränken müssen. Die Abgeordneten möchten auf die Gemeinden einwirken, damit sie von ihren Befugnissen ausreichenden Gebrauch machen. Wünschenswert sei, daß die Wohlhabenden ihren Fleischverbrauch einschränkten. In Wilmersdorf sei der Verkauf von Fleisch infolge der fleischlosen Tage um 28 v. H. zurückgegangen. Die Milchversorgung lasse sich auch auf Grund der Verordnung vom 25. September regeln. Die Bemessung der Strohpreise erfolgte, um zum Drexeln anzuregen, damit für die Fabrikation von Strohmehl und für das Heer genügende Vorräte schnell beschafft würden. Ein Nationalliberaler erklärte, daß seine Partei für die Fleischkarte in dem Sinne stimmen werde, daß die Minderbemittelten Vorkaufskarten erhalten. Auch dieser Redner bedauerte, daß gegen den Viehstand nicht mehr geschehen sei, obwohl er vielfach unglaublich groß gewesen sei. Ein Regierungsvertreter kündigte Vertragsschließung mit den Schweinemästern betreffend Futterlieferung an. Volkswirtschaftlich sei es jetzt geboten, Festschweine zu erzeugen. Ein fortschrittlicher Abgeordneter forderte Erweiterung der Rechte der Gemeinden bei der Verteilung der Futtermittel und Viehprodukte. Die Einführung der Fleischkarte würde nur die Mißstände steigern. Die Einschränkung im Fleischverbrauch sei in den besser situierten Kreisen vielfach größer als bei den gut entlohnerten Arbeitern. Höchstpreise für Rindfleisch würden möglicherweise preissteigernd wirken. Bei der Futterverteilung müsse auch darauf Rücksicht genommen werden, daß für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit gute Rindermilch von größter Bedeutung ist. So lange Bayern die Butterausfuhr verbiete, sollte ihm auch die Zufuhr von Schweinen aus Norddeutschland gesperrt werden. Die nachgeordneten Behörden hätten nichts zur Bekämpfung der Viehschäden getan, im Gegenteil, manchmal künstlich durch Vorgezögerung der Erteilung von Jagdscheinen und der Bekanntmachungen vorgezögerter Behörden den Abbruch verhindert. Der Reichssekretär sprach über die zurückgestellten Anträge betreffend Zuschüsse des Reichs zur Verbilligung der Lebensmittel, nur die Gemeinden könnten eine solche Frage lösen. Die beantragte

Erhöhung der Mannschafslöhne

Erhöhung der Mannschafslöhne nicht für nötig; es seien den Mannschaften erhöhte Rationen an Tabak usw. bewilligt worden, was nötiger gewesen sei. Die Erhöhung der Kriegsunterstützung auf 15 M sei in vielen Gegenden ausreichend. Wenn ein Antrag die Erhöhung auf 20 M fordere, so könnte wohl in einzelnen Bezirken eine weitere Erhöhung in Erwägung gezogen werden. Wenn die Erhöhung nicht überall erfolgte, so nicht aus bösem Willen, sondern weil die Mittel der Gemeinden nicht reichten. Man werde hier zu einer Lösung kommen, die Härten vermeiden und möglichst allen Wünschen entgegenkomme. Dankenswert seien die Anordnungen der preussischen Regierung über Zuschüsse für die Futtermittel. Ein konservativer Abgeordneter

führte aus, daß die Verteilung der Futtermittel durch die Gemeinden schließe Ungleichheiten nicht aus. Ein Reichsparteiler führte den verminderten Auftrieb von Schweinen auf den Berliner Markt zurück auf die direkte Versorgung der Großschlächter und Konservenfabriken durch die Händler auf dem Lande. Ein Zentrumsabgeordneter hält die Fleischkarte als radikale Verbrauchsregelung für nötig. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß wir in kurzer Zeit über erhebliche Mengen von Milchfutter, das heißt Strohmehl mit Hefe usw., verfügen werden. Ein Regierungsvertreter führte aus, die